



Bundestagsdepesche

Aktuelles zur Bundespolitik von Veronika Bellmann

Mitglied des Bundestages für den Wahlkreis Freiberg/Mittleres Erzgebirge

Jahrgang 4, Ausgabe 6/2008



Neues aus der Hauptstadt

Liebe Leserinnen und Leser,

Managerbezüge stehen im Kreuzfeuer der Kritik, ebenso wie die Diäten der Bundestagsabgeordneten. Es ist nicht zu verstehen, dass auch bei Versagen einzelner Manager noch hohe Abfindungen gezahlt werden. Ich halte zudem eine Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit von Managerabfindungen für notwendig. Zur Diätendebatte hat sich meine grundsätzliche Bewertung nicht geändert. Ich fordere eine grundlegende Reform der Bezüge, Altersvorsorge und Aufwandspauschalen.

Die immer mehr steigenden Lebenshaltungskosten führen auch innerhalb der CDU-Bundestagsfraktion zu Forderungen nach Steuerentlastungen. Diese sollen bereits ab kommendem Jahr gelten. Das schlagen die Spitzen der CDU-Arbeitnehmergruppe und der Parlamentskreis Mittelstand vor. Ich unterstütze diese Forderungen. Die Menschen müssen mehr netto vom brutto haben. Und das bald!

Thore Veronika Bellmann

Schwerpunktt Themen im Deutschen Bundestag

Managergehälter zum Teil nicht mehr nachvollziehbar



(Foto: WELT/pa/Sven Simon)

Über die Bezüge der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel können manche Manager sicher nur schmunzeln. Selbst Personalvorstände bei Unternehmen wie der Bahn AG, an denen der Bund beteiligt ist, bekommen ein Vielfaches. Ist das gerecht?

Auf diese Frage gibt es von

unterschiedlichen Seiten auch unterschiedliche Antworten. Gutes Geld für gute Arbeit – lautet ein allgemein anerkannter Grundsatz. Durch die zum Teil horrenden Managergehälter bekommt dieser Grundsatz jedoch einen schalen Beigeschmack. Noch viel schlimmer sind meines Erachtens jedoch Abfindungen, die gezahlt werden, wenn Manager nach schlechten Leistungen entlassen werden.

Sowohl Bundespräsident Horst Köhler, als auch Bundeskanzlerin Angela Merkel, haben diesbezüglich das Gebaren mancher Firmen kritisiert. Es ist irritierend, dass Manager sehr hohe Abfindungen erhalten, selbst wenn unter ihrer Ägide erhebliche Verluste gemacht wurden und deswegen die Löhne der Beschäftigten des Unternehmens stagnieren bzw. Arbeitsplätze abgebaut werden. Obwohl es seitens der Wirtschaft Versuche gibt, diese Missstände zu beheben (Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex), ist es ihr bislang nicht gelungen, sich in nötigem Maße zu mäßigen. Dies ist kein Problem des Staates sonder eines, dem sich die einzelnen Unternehmen und die Anteilseigner selbst widmen müssen. Allerdings werden in Bezug auf die Zahlung von Abfindungen auch die Steuerzahler „in Haftung genommen“, da sie nach geltendem Steuerrecht den sogenannten „goldenen Handschlag“ mitfinanzieren. Dies ist sozial ethisch nicht vertretbar.

Nach geltendem Steuerrecht sind Managerabfindungen unbegrenzt als Betriebsausgaben abzugsfähig. Sie werden damit von allen Bürgerinnen und Bürgern mitfinanziert. Die Steuerabzugsfähigkeit bei Managerabfindungen sollte stark begrenzt werden. Eine entsprechende Regelung findet sich schon im Körperschaftsteuergesetz bei Aufsichtsratsbezügen, die nur zur Hälfte abgesetzt

werden dürfen. Die Eigentümer müssen gestärkt werden. Der Aufsichtsrat sollte verpflichtet sein, den Eigentümern auf der Hauptversammlung einen Bericht über Bezüge des Vorstandes vorzulegen und diese zu begründen, wenn sie nicht im Anstellungsvertrag aufgeführt sind. Die Hauptversammlung soll ein Votum darüber abgeben, das Billigungs- bzw. Missbilligungscharakter hat. Vorstandsverträge sollten außerdem nicht, wie bisher häufig der Fall, in einem gesonderten Gremium des Aufsichtsrates regelmäßig beraten und überprüft werden, sondern vom gesamten Aufsichtsrat.

Steuerentlastungen schon 2009 gefordert

Arbeitergruppe und Parlamentskreis Mittelstand (PKM) der CDU sprechen sich für schnelle Steuersenkungen bereits im nächsten Jahr aus. Arbeitergruppen-Chef Gerald Weiß fordert, die alte Pendlerpauschale wieder einzuführen sowie Kindergeld und Freibeträgen zu erhöhen. „Wir müssen schon zum 1. Januar 2009 etwas tun. Von 100 Euro zusätzlichem Einkommen bleiben einem Normalverdiener wegen der hohen Steuer- und Abgabenlast nur 43 Euro übrig“, sagte auch PKM-Vorsitzender Michael Fuchs der Financial Times Deutschland. Ihm gehe es zunächst um einen höheren steuerlichen Grundfreibetrag und einen Ausgleich für die sogenannte kalte Steuerprogression. Die Arbeitergruppe will gemeinsam mit dem PKM einen Brief an die Unions-Fraktionsspitzen schicken, in dem sie für frühzeitige und umfassende Entlastungen der Steuerzahler plädieren.

Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen im Bund

Darin soll geregelt werden, dass die Bezüge der Beamten und Richter sowie von Soldaten und Versorgungsempfängern des Bundes regelmäßig an die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse anzupassen sind. Ende November 2007 im 27. Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes wurde beschlossen, die Abgeordnetenentschädigung an die Bezüge eines Richters bei einem obersten Gerichtshof des Bundes bzw. den Gehältern von gewählten hauptamtlichen Bürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern mittlerer Kommunen zu orientieren. Diese wurden jetzt erhöht. Somit enthält das neue Gesetz auch einen Passus über die Erhöhung der Abgeordneten-

entschädigung. Ich habe der letzten Diätenerhöhung Ende 2007 **nicht** zugestimmt, weil die Chance für eine umfassende Reform des gesamten Systems des Zulagenwesens, der Aufwandspauschalen sowie der Altersversorgung vertan wurde. Diese grundsätzliche Bewertung des Themas Diäten hat sich meinerseits nicht geändert. Die Koppelung an den Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes mag ein Ansatzpunkt sein, steht jedoch im Widerspruch zum Gesetz, wonach eine Anpassung der Besoldung frühestens im Jahr 2010 stattfinden soll. Am vergangenen Freitag ist das neue Gesetz in erster Lesung im Bundestag debattiert worden. Es wurde also noch nicht beschlossen. Aus meiner Erfahrung weiß ich: Noch kein Gesetz hat den Bundestag so verlassen, wie es eingebracht wurde. Änderungen sind also noch möglich. Daher wäre eine abschließende Aussage zu meinem Abstimmungsverhalten zum jetzigen Zeitpunkt unseriös.

Bis 2011 nur 1,5 Milliarden zusätzliche Einnahmen

Bund, Länder und Gemeinden müssen sich bis 2011 unterm Strich auf weitere Steuermehreinnahmen von rund 1,5 Milliarden Euro einstellen. Nach Einbußen in diesem und vor allem im nächsten Jahr können demnach die Staatskassen erst von 2010 an wieder stärker gefüllt werden als zuletzt erhofft. Das geht aus neuen Prognose des Arbeitskreises „Steuerschätzung“ hervor. Für das laufende Jahr ergeben sich weniger Einnahmen von 1,2 Milliarden Euro. Diese Ergebnisse geben keinen Anlass zur Beruhigung oder signalisieren gar Freiräume für neue Ausgabenwünsche. Die Entwicklung der Steuereinnahmen dämpft vielmehr die weitverbreitete Euphorie des letzten Jahres, den Haushaltsausgleich weitgehend über die Einnahmenseite erreichen zu können. Die Steuerschätzung belegt die Notwendigkeit des weiteren Konsolidierungskurses auf der Ausgabe Seite. Nur mit einem ausgeglichenen Bundeshaushalt und einer nachhaltigen Finanzpolitik kann der Bund dauerhaft handlungsfähig bleiben und künftige Steuerentlastungen in Angriff nehmen.

Financial Times Deutschland / 07.05.2008 / S. 27

Wie die SPD Steuerenkungen gegenfinanzieren will:



Kurz notiert

Renten steigen zum 1. Juli

Für rund 20 Millionen Rentner in Deutschland gibt es ab 1. Juli 2008 mehr Geld. Der Bundestag hat einem Gesetzentwurf der Regierungskoalition zugestimmt, der eine Erhöhung der Altersbezüge um 1,1 Prozent vorsieht. Dazu wird der so genannte Riester-Faktor für zwei Jahre ausgesetzt. Dieser dämpft den Rentenanstieg und soll die private Vorsorge der im Erwerbsleben stehenden Bevölkerung honorieren. Dem Gesetzentwurf zufolge hätte sich die Rentenerhöhung mit dem Riester-Faktor in diesem Jahr um 0,64 Prozentpunkte vermindert. Der geringe Anstieg der Löhne

und Gehälter im vergangenen Jahr von nur 1,4 Prozent reicht nach geltendem Recht nicht aus, um mehr als eine geringe Rentenerhöhung zu bewirken und die Rentner am Wirtschaftsaufschwung teilhaben zu lassen.

IW-Reformbarometer sinkt

Rentner, Familien, Mieter und Niedrigverdiener profitieren von den zusätzlichen Ausgaben. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln sieht das kritisch: Das Reformbarometer sank von Januar bis April von 107,2 auf 106,3 Zähler.

Die jüngsten Maßnahmen der Großen Koalition

Januar 2008

63er-Regelung

- (ist rückwirkend zum 1.1.2008 in Kraft getreten)
- Erwerbsfähige über 58 Jahre, die zwölf Monate lang ALG II bezogen und keine neue Arbeit gefunden haben, werden von der Bundesagentur für Arbeit nicht mehr als arbeitslos geführt.
- Die Bundesagentur für Arbeit kann ältere ALG-II-Empfänger verpflichten, mit 63 Jahren vorzeitig und bei entsprechenden Abschlägen in Rente zu gehen.

600 Euro für Alleinerziehende und 900 Euro für Paare gesenkt.

- Bei Erwerbseinkommen zwischen der Mindest- und der von der Familiensituation abhängigen Höchstgrenze sinkt der Kinderzuschlag pro zusätzlich verdienten Euro um 50 Cent statt bisher 70 Cent.

Erhöhung des Wohngelds

(soll am 1.1.2009 in Kraft treten)

- Das Wohngeld steigt von derzeit durchschnittlich 90 Euro auf 142 Euro im Monat.
- Heizkosten werden pauschal mit 50 Cent pro Quadratmeter berücksichtigt.

April 2008

Einführung eines Ausbildungsbonus

(soll am 1.7.2008 in Kraft treten)

- Arbeitgeber erhalten einen einmaligen Zuschuss für jeden bis Ende 2010 zusätzlich geschaffenen betrieblichen Ausbildungsplatz, der mit einem förderungsbedürftigen Bewerber besetzt wird. Je nach Höhe der Ausbildungsvergütung liegt der Bonus bei 4.000, 5.000 oder 6.000 Euro.

Außerplanmäßige Rentenerhöhung

2008 und 2009 (soll am 1.7.2008 in Kraft treten)

- Die gesetzliche Rente steigt zum 1.7.2008 um 1,1 Prozent und zum 1.7.2009 um 2 Prozent statt um 0,46 bzw. 1,4 Prozent.

Einführung des „Wohn-Riesters“

(soll rückwirkend zum 1.1.2008 in Kraft treten)

- Im Rahmen der „Riester-Rente“ können staatlich geförderte Ersparnisse künftig ganz oder teilweise zum Erwerb, Bau und – bei Beginn der Auszahlungsphase – Entschulden von selbst genutztem Wohneigentum im Inland verwendet werden.

Weiterentwicklung des Kinderzuschlags

(soll am 1.10.2008 in Kraft treten)

- Die Mindesthöhe des monatlichen Erwerbseinkommens, ab dem Eltern den Kinderzuschlag von maximal 140 Euro pro Kind und Monat erhalten, wird vereinheitlicht und auf

Zusammenstellung: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 10/2008 (bundesweit)

Teilprivatisierung der Bahn beschlossen

Die Weichen dafür sind im Bundestag richtig gestellt worden. Die Entscheidung trägt die Handschrift der Union. Wir haben immer darum gekämpft, dass die Infrastruktur im öffentlichen Eigentum verbleibt und nur die Verkehrsgesellschaften und ihre Beteiligungen privatisiert werden. Die jetzt getroffene Vereinbarung ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung: Die Infrastruktur – also Schienen, Bahnhöfe und Energieversorgung – bleibt vollständig in staatlicher Hand. Der Bereich Verkehr und Logistik wird demgegenüber für private Kapitalgeber geöffnet. In einem ersten Schritt werden 24,9 Prozent dieser Sparte an den Kapitalmarkt gebracht. Die daraus resultierenden Einnahmen werden größtenteils in die Modernisierung der Bahninfrastruktur investiert. Das zeigt: Die Teilprivatisierung kommt den Bahnkunden zugute. Gleichzeitig verbessert sie die Kapitalausstattung der Bahn und deren Leistungsfähigkeit im internationalen Wettbewerb.

Termine

- 13.05. Kreisvorstand in Pappendorf
- 14.05. Comenius-Club in Dresden
- 15.05. 6. Bündniskonferenz Familienbewusste Arbeitswelt in Freiberg
- 15.05. Wahlkampf mit dem Freiburger OB-Kandidaten Holger Reuter
- 15.05. Eröffnung Tafel in Eppendorf
- 15.05. Frühlingskonzert in der Ohain Mittelschule in Freiberg
- 16.05. Wahlveranstaltung mit dem Eppendorfer CDU-Bürgermeister-Kandidaten Helmut Schulze
- 17.05. Waldbegehung mit dem Freiburger Landrat Volker Uhlig (CDU) und weiteren Kreisräten in Neuhausen

18.05. Festveranstaltung 75 Jahre Klein-Erzgebirge in Oederan

Kontakt

Berlin

Platz der Republik 14, 11011 Berlin
Tel.: (030) 227 77607
Fax: (030) 227 76602
veronika.bellmann@bundestag.de

Freiberg

Erbische Str. 5, 09599 Freiberg
Tel.: 03731 212967
Fax: 03731 459446
veronika.bellmann@wk.bundestag.de

www.veronika-bellmann.de